

1. Ordentlicher Länderrat - Digital
2. Mai 2020

Gremium: 1. Digitaler Länderrat  
Beschlussdatum: 02.05.2020  
Tagesordnungspunkt: C Corona und die Folgen

- 1 Das Corona-Virus hat die Menschheit in einen Ausnahmezustand versetzt. Wir
- 2 betrauern bereits über 200.000 Tote und großes Leid. Um die Pandemie zu
- 3 bekämpfen, wurde das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben auf der ganzen
- 4 Welt weitgehend angehalten, mit dramatischen Auswirkungen: Menschen verlieren
- 5 ihre Arbeit, sozialer Stress und häusliche Gewalt nehmen zu. Die Welt steht vor
- 6 einer tiefgreifenden Rezession.
- 7 Noch befinden wir uns mitten in der Pandemie. Es gilt – mit aller Kraft – die
- 8 Zahl der Opfer so gering wie möglich zu halten und zugleich einen sozialen und
- 9 ökonomischen Zusammenbruch zu verhindern. Dafür müssen wir weiter große Vorsicht
- 10 walten lassen und lernen, für eine längere Zeit mit dem Virus zu leben und es
- 11 zugleich immer besser und zielgenauer zu bekämpfen.
- 12 Corona ist eine globale Herausforderung, auf die es eine globale Antwort geben
- 13 muss. Kein Staat kann sie allein bewältigen. Das gilt vor allem für uns in
- 14 Europa. Wir müssen Wege aus der Krise konsequent europäisch denken. Nur
- 15 europäisch kommen wir durch diese schwere Zeit, nur gemeinsam werden wir die
- 16 Pandemie bekämpfen und unsere Wirtschaft wieder auf die Beine bringen können.
- 17 Europas Zusammenhalt hat bereits großen Schaden genommen. Wir müssen jetzt alles
- 18 dafür tun, dass das Friedensprojekt Europa zum historischen Kurs der Integration
- 19 zurückfindet.
- 20 Niemand weiß, wie lange diese globale Ausnahmesituation andauern wird, niemand
- 21 kann das tatsächliche Ausmaß und die Auswirkungen wirklich absehen. Aber die
- 22 Krise zeigt uns bereits heute, wie wichtig vorausschauendes politisches Handeln
- 23 ist. An unserer Zukunftsfähigkeit und Krisenresilienz zu arbeiten, wird am Ende
- 24 den Unterschied machen.
- 25 In der Not zeigt sich, worauf es ankommt: auf Gemeinsinn, Solidarität und
- 26 Humanität. Auf die Erkenntnis, dass deutsche und europäische Interessen eins
- 27 sind. Auf starke internationale Institutionen. Auf die Robustheit von
- 28 Wirtschaft, Gesundheits- und Sozialsystemen und den Erhalt unserer natürlichen
- 29 Lebensgrundlagen. Auf eine starke Daseinsvorsorge. Auf die Stärke derer, die man
- 30 in der Gesellschaft oft nicht sieht: Lastwagenfahrer\*innen, Erntehelfer\*innen,
- 31 Kassierer\*innen, Reinigungskräfte und Pfleger\*innen. Den Mitarbeiter\*innen in
- 32 den Gesundheitsämtern, Krankenhäusern und Forschungseinrichtungen, bei den
- 33 Medizinproduktherstellern, in den Arztpraxen, bei Bundeswehr, Polizei und
- 34 Feuerwehr, den Rettungskräften oder den zahlreichen Krisenstäben. Auf die vielen
- 35 Frauen, die nicht nur in schlecht bezahlten CareBerufen, sondern auch in vielen
- 36 Familien alles am Laufen halten. Ihnen allen schulden wir nicht nur Dank,
- 37 sondern ein Versprechen für die Zukunft: Anerkennung, Gleichberechtigung,
- 38 bessere Löhne. Eine neue Politik der Sicherheit – vorsorgend, widerstandsfähig,

39 umfassend und europäisch. Wir brauchen ein neues, ein nachhaltiges  
40 Sicherheitsversprechen.

41 Dass diese Erkenntnis über den Tag hinaus Bestand hat, ist nicht  
42 selbstverständlich. Wir stehen an einer Wegscheide. Schreiben wir eine alte  
43 Politik, die alte Brüchigkeit, die alten Probleme fort und schaffen damit neue?  
44 Oder treiben wir beherzt die nötigen Veränderungen voran und bauen Wirtschaft  
45 und Gesellschaft auf festem Grund wieder auf? Wir sind überzeugt, dass nur ein  
46 politischer Aufbruch nachhaltig aus der Krise führt. Nur, wenn wir Dinge  
47 grundlegend verändern, wenn wir aus Bekenntnis Wirklichkeit machen, werden wir  
48 diese und die anderen großen Herausforderungen – allen voran die Klimakrise –  
49 bewältigen. Widerstandsfähig gegen globale Krisen zu sein, ist der Schlüssel für  
50 eine neue Sicherheit im 21. Jahrhundert.

51 Corona und die Bekämpfung des Virus werden unser aller Leben, die  
52 gesellschaftlichen Debatten und die Politik noch lange Zeit prägen. Nach der  
53 Pandemie wird unsere Welt eine andere sein. Doch mit jedem Schritt voran – und  
54 sei er noch so klein – öffnet sich auch ein Fenster in die Zukunft.

55 Demokratie bewährt sich gerade in der Krise. Sie ist ein lernendes System, in  
56 dem mündige Bürgerinnen und Bürger frei über ihre Zukunft diskutieren. Das ist  
57 die Voraussetzung für Innovation. Aus den jetzigen Erfahrungen können und müssen  
58 wir Lehren für die Zukunft ziehen. Mit Corona enden die politischen Debatten  
59 nicht, sondern sie beginnen neu.

## 60 **II. Handeln in der Pandemie**

61 Deutschland hat die Pandemie entschlossen bekämpft und bislang das  
62 Gesundheitssystem vor einem Kollaps geschützt. Aber noch ist nichts gewonnen.  
63 Solange ein Impfstoff nicht verfügbar ist, wird das Corona-Virus eine andauernde  
64 Gefahr bleiben und wir werden voraussichtlich noch lange mit weitreichenden  
65 Einschränkungen leben müssen. Wir müssen fundiert darüber sprechen, wo und wie  
66 Lockerungen bei den jetzigen Beschränkungen stufenweise und unter der Prämisse  
67 möglich sind, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird. Der von der  
68 Bundesregierung geplante allgemeine Immunitätsausweis ist kontraproduktiv, weil  
69 er ein Anreiz sein kann, sich mutwillig zu infizieren. Zudem ist sein  
70 gesellschaftliches Spaltungspotential enorm, Diskriminierungen in Privatleben,  
71 Beruf und öffentlichem Raum könnten seine Folge sein. Wir lehnen ihn ab.

72 In dieser Ausnahmezeit ist Verhältnismäßigkeit das Gebot der Stunde. Es ist die  
73 Verantwortung des Staates immer wieder zu prüfen, ob die massiven  
74 Grundrechtseinschränkungen verhältnismäßig sind und ob es mildere Mittel gibt.  
75 Einschränkungen, genauso wie schrittweise Lockerungen, müssen entlang von  
76 klaren, nachvollziehbaren Kriterien so transparent wie möglich erklärt werden,  
77 um Verständnis, Akzeptanz und Vertrauen zu schaffen. Die Einschränkungen müssen  
78 geeignet, erforderlich und angemessen sein, die Folgewirkungen in den Blick  
79 nehmen, mögliche Alternativen betrachten und gründlich abgewogen werden. Sie  
80 sind zeitlich zu befristen und immer wieder aufs Neue zu begründen. Während es  
81 im Shutdown eine große Geschlossenheit gab, droht sich die Gesellschaft in  
82 Phasen der Lockerung zu spalten. Statt sich in Durchhalteparolen und

83 Lockerungsübungen aufzureiben, brauchen wir eine andere, zielgenauere Strategie  
84 zur Bekämpfung des Virus, die auf Tests, schneller Nachvollziehbarkeit von  
85 Infektionen und auf Schutzmaßnahmen beruht. Wir müssen jetzt daran arbeiten,  
86 dass die Voraussetzungen dafür vor allem in den sensiblen Bereichen geschaffen  
87 werden. Lockerungen müssen sich am Gemeinwohl orientieren und dürfen nicht davon  
88 abhängen, welche Lobbygruppe die stärksten Einflussmöglichkeiten hat.

89 Mit dem Shutdown haben Bund und Länder die massivsten Grundrechtseingriffe in  
90 der Geschichte der Bundesrepublik sowie beispiellose Hilfspakete beschlossen.  
91 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben diese Maßnahmen im Bundestag und auf Ebene der  
92 Landesregierungen mitgetragen, Vorschläge eingebracht und damit zu einem  
93 schnellen, geschlossenen Handeln beigetragen. Auch so konnte breites Vertrauen  
94 in den notwendigen Shutdown entstehen. Wir stehen bereit, auch weiter die Last  
95 mit zu schultern. Dafür treiben wir mit eigenen Vorschlägen an, wo  
96 Handlungsbedarf besteht und bremsen, wo nötig. Fraktionen und Parlamente sind  
97 von den Regierungen im Bund und in den Ländern zwingend mit einzubinden. Sie  
98 sind der Ort der demokratischen Debatte, auch in Krisenzeiten. Es ist unsere  
99 Verantwortung, diese Vorgänge nicht nur jetzt kritisch zu begleiten, sondern  
100 nach Bewältigung der Krise umfassend, fair und solidarisch aufzuarbeiten, Fehler  
101 zu erkennen um bessere Konzepte für die Zukunft zu erarbeiten.

102 Bei allem gesellschaftlichen Zusammenstehen werden jetzt zunehmend die  
103 politischen Versäumnisse der Bundesregierung sichtbar. Mit der gleichen  
104 Vehemenz, mit der wir in den Shutdown gegangen sind muss eine funktionierende,  
105 europäisch koordinierte Pandemiewirtschaft aufgebaut werden, die sich am  
106 globalen Bedarf orientiert. Viele Unternehmen im Land sind bereit zu helfen und  
107 ihre Produktion auf elementar notwendige Schutzgüter umzustellen. Doch wenn die  
108 Bundesregierung nicht koordiniert, funktioniert es nicht. Wir brauchen  
109 zuverlässige Zahlen über den notwendigen Bedarf, Abnahmegarantien,  
110 gegebenenfalls Investitionshilfen und Koordination bei Engpässen in den  
111 Lieferketten.

112 Testkapazitäten und die Versorgung mit Mund-Nasen-Masken müssen drastisch  
113 gesteigert werden. Die Ausstattung mit Schutzkleidung ist gerade für die  
114 sozialen Hilfeeinrichtungen, für die Kinder- und Jugendhilfe,  
115 Frauenberatungsstellen, Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte  
116 für Schutzsuchende oder die Obdachlosenhilfe jetzt notwendig, nicht später. Sie  
117 müssen ebenso wie Pflegeheime mit Schutzmasken ausgestattet werden. Wir  
118 benötigen eine datenschutzkonforme, pan-europäische, freiwillige Corona-Tracing-  
119 App als wichtigen Baustein der Epidemiebekämpfung. Die Abläufe in den  
120 Gesundheitsämtern müssen verbessert, beschleunigt und digitaler werden, es  
121 braucht ausreichend Personal zur gezielten Verfolgung von Infektionsketten und  
122 Quarantänebegleitung. Eine Corona-Tracing-App ist ein weiterer wichtiger  
123 Baustein – auch europaweit – zur Eindämmung des Virus. Sie muss schnellstmöglich  
124 bereitstehen, auf uneingeschränkter Freiwilligkeit beruhen, quelloffen und  
125 interoperabel sein und den höchsten Standards beim Datenschutz und der IT-  
126 Sicherheit genügen. Die Daten dürfen nur auf den Endgeräten verarbeitet werden.  
127 Diese Prinzipien müssen gesetzlich abgesichert werden.

128 Die Krise befeuert die sozialen Probleme und zeigt, wer keine Lobby hat:  
129 Familien, vor allem Alleinerziehende, und Kinder. So verschärft die Schließung  
130 von Schulen und Kindergärten die Chancenungleichheit für Kinder dramatisch.  
131 Zwischen ‚komplett geschlossen‘ und ‚alle sofort wieder rein‘, muss es Raum für  
132 Verhältnismäßigkeit und pragmatische Lösungen geben – tageweiser  
133 Kleingruppenunterricht, Schüler-Lehrer-Gespräche. Wenn im Betrieb Schichtsysteme  
134 eingeführt werden, klappt das auch in der Kita. Der Staat hat eine  
135 Fürsorgepflicht für Kinder und einen Bildungsauftrag.  
136 Wenn die Gesellschaft unter Druck gerät, bekommen marginalisierte und vulnerable  
137 Gruppen, beispielsweise Geflüchtete, Menschen mit Behinderung und wohnungslose  
138 Menschen, die Folgen der Corona-Krise zu spüren. Wie eine Gesellschaft mit  
139 diesen Gruppen und Minderheiten umgehen, ist ein Seismograph für die Stärke  
140 unserer Demokratie – nicht nur, aber eben gerade auch in Krisenzeiten.

141 Mit neuer Wucht wird sichtbar, wie sehr unser gesellschaftliches Leben und damit  
142 auch unser wirtschaftlicher Wohlstand immer noch darauf beruht, dass Frauen  
143 Kinder betreuen, sich ums Essen kümmern oder die Wohnung putzen. Kinderbetreuung  
144 darf aber nicht zur Privatsache werden, Familien müssen auf den Staat bauen  
145 können. Nötig ist zudem ein großer, umfassender sozialer Schutzschirm, der auch  
146 jene schützt, die arm sind, obdachlos, die Stress, Verhetzungen im Netz,  
147 häuslicher Gewalt, Depressionen oder Suizidgefahr ausgesetzt sind.

148 Je länger die Pandemie andauert, umso stärker rückt die Frage in den  
149 Vordergrund: Wie mit der Bedrohung durch das Virus leben lernen, ohne das  
150 öffentliche Leben langfristig drastischen Einschränkungen zu unterwerfen? Wir  
151 müssen uns jeden Tag aufs Neue – auch mit Blick auf eine mögliche neue Corona-  
152 Welle – damit auseinandersetzen, wie wir unter Pandemie-Bedingungen Bildung,  
153 Betreuung, Wirtschaft und Handel, Kultur- und Freizeitangebote sowie nicht  
154 zuletzt chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben  
155 organisieren, während wir gleichzeitig die Menschen bestmöglich vor Ansteckung  
156 schützen.

## 157 **II. Klimakrise und Corona gemeinsam bekämpfen**

158 Die Welt steht vor einer tiefgreifenden Rezession. Der internationale  
159 Währungsfonds prognostiziert, dass Corona zur schlimmsten Wirtschaftskrise seit  
160 der großen Depression der 1930er Jahre führen wird. Das ist eine tiefgreifende  
161 wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Herausforderung, der wir uns in  
162 Europa gemeinsam und mit aller Kraft stellen müssen. Bei den nationalen  
163 Maßnahmen zur Bekämpfung der ökonomischen Folgen der Coronakrise muss ein  
164 weiteres soziales und wirtschaftliches Auseinanderklaffen zwischen den  
165 Mitgliedsstaaten unbedingt verhindert werden. Die Konjunkturprogramme müssen  
166 deshalb europäisch gedacht bzw. in Europa aufeinander abgestimmt sein,  
167 beispielsweise verknüpft über den Green Deal, damit sich alle Länder im  
168 europäischen Binnenmarkt entwickeln können. Niemand wird es alleine schaffen.

169 Für dieses historische Moment gibt es keine Blaupause. Die wirtschaftlichen  
170 Auswirkungen treffen fast alle Lebensbereiche und Branchen, aber sie treffen  
171 diese sehr unterschiedlich. Manche Unternehmen können dank Homeoffice nahezu  
172 weiter machen wie vor der Krise, haben aber weniger Aufträge. Einige verbleiben

173 vielleicht noch monatelang im Shutdown und sehen kaum noch eine Perspektive.  
174 Andere können mit deutlichen Beschränkungen langsam wieder aufmachen, aber ihre  
175 Lieferketten funktionieren nicht. Dazu kommt, dass wir mit den  
176 wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht die gesundheitspolitischen konterkarieren  
177 dürfen.

178 Anders als nach der Finanzkrise werden wir uns in Deutschland dieses Mal nicht  
179 einfach aus der Rezession herausexportieren können. Die Nachfrage ist global  
180 eingebrochen. Und wir müssen eine Antwort darauf finden, dass sich alte soziale  
181 Schief lagen durch Corona verschärfen und neue auftun.

182 Bei all dem ist es die zweite große Aufgabe unserer Zeit, die Klimakrise zu  
183 bewältigen. Wir erleben nach zwei Hitzesommern schon die nächste Dürre.  
184 Knochentrockene Äcker, Waldbrände im April, das ist auch die Realität in unserem  
185 Land. Und gegen die Klimakrise wird es keinen Impfstoff geben. Nicht in diesem  
186 Jahr und auch in keinem anderen. Wir werden als Weltgemeinschaft scheitern, wenn  
187 die jetzt geplanten Maßnahmen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen noch  
188 beschleunigen.

189 Es ist daher entscheidend, jetzt die Weichen richtig zu stellen. Ohne Frage ist  
190 die Rezession mit voller Kraft zu bekämpfen, Jobs und Wettbewerbsfähigkeit zu  
191 erhalten. Tun wir das aber mit einer alten Politik und alten Mitteln,  
192 produzieren wir neue Unsicherheit und steuern auf gigantische soziale und  
193 wirtschaftliche Schäden zu. Unser Handlungsrahmen müssen der Pariser  
194 Klimavertrag und die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung sein.

195 Vor der Pandemie hatte ein breites Bündnis aus Unternehmen, Klimabewegung,  
196 Gewerkschaften, Forscher\*innen und Wissenschaftler\*innen die Chancen erkannt,  
197 die in einem Aufbruch liegen, der Klimaschutz, ökonomische Dynamik und sozialen  
198 Ausgleich zusammenbringt. Das Leitbild unseres Handelns ist klar: Wir brauchen  
199 eine konsequente Transformation nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft hin  
200 zu nachhaltigen Materialien, Ressourcen- und Energieeffizienz.

201 Kreislaufwirtschaft fördert Innovation und sichert Zukunftsfähigkeit und Chancen  
202 auf allen Märkten. Wir haben eine doppelte Aufgabe und doppelte Chance: die  
203 durch Corona bedingte Wirtschaftskrise und die Klimakrise zusammen anzugehen.  
204 Herzstück des Auswegs aus der Krise muss der Europäische Green Deal sein. Ersten  
205 Versuchen, diesen unter dem Deckmantel der Corona-Pandemie aufzuweichen oder in  
206 Teilen zu verschieben, stellen wir uns entschieden entgegen. Der Green Deal muss  
207 zum Pakt für die ökologisch-soziale Transformation der Wirtschaft werden.

208 Es wird massive Anstrengungen und beispiellose Programme brauchen, um diese  
209 Herausforderungen zu lösen. Jetzt ist die Zeit großer und kreativer Antworten  
210 und entschlossenen Handelns. Wir müssen auf der einen Seite kurzfristig  
211 stimulieren und stabilisieren und zudem den Kurs in Richtung Klimaneutralität  
212 und Zukunftsfähigkeit setzen. Dabei ist völlig klar: Ein solches  
213 Konjunkturprogramm ist auch innerhalb von vielen Jahren so nur ein Mal leistbar.  
214 Umso entschiedener und vorausschauender muss jetzt der richtige Weg zum  
215 Wiederaufbau eingeschlagen werden.

216 **III. Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise - sozial und ökologisch**

217 Es braucht Direkthilfen für die Branchen, die im Shutdown stillstehen müssen,  
218 und Konjunkturstimuli für die, die langsam wieder anlaufen.

219 Dabei ist klar, dass aus Steuermitteln finanzierte Wirtschaftshilfen in der  
220 Rezession an Vorgaben gekoppelt werden müssen: Wenn Aktienkonzerne Dividenden  
221 oder den Manager\*innen Boni auszahlen, können sie keine Hilfe vom Staat  
222 erwarten. Unternehmen, die in der Krise mit staatlichen Geldern unterstützt  
223 wurden und in Zukunft wieder Dividenden auszahlen wollen, müssen diese Hilfen an  
224 den Staat zurückzahlen. Unternehmen, die Staatshilfe beantragen, sollten  
225 zunächst offenlegen müssen, in welchem Land sie welchen Gewinn machen und wie  
226 viele Steuern sie zahlen. Öffentliche Gelder dürfen unter keinen Umständen dazu  
227 beitragen, dass bestehende Steuerschlupflöcher gar geweitet werden. Staatliche  
228 Beteiligungen an Unternehmen sind an die Bedingung von ökologischen und sozialen  
229 Kriterien für die jeweiligen Branchen gebunden. Wenn der Staat sich mit  
230 Steuergeldern an Unternehmen beteiligt, muss er auch Mitspracherechte haben und  
231 Einfluss auf die Unternehmensstrategie nehmen können, wie private Investoren  
232 auch.

233 Für dieses Jahr sollte ein deutsches Konjunktur-Sofortprogramm von etwa 100  
234 Milliarden Euro vorbereitet werden, das dann schnell greifen kann, wenn die  
235 medizinische Lage ein stärkeres Wiederanfahren des ökonomischen Lebens erlaubt.  
236 Stimulieren wir dann schnell die Konjunktur, verhindern wir, dass Millionen  
237 Menschen in unserem Land durch die Folgen von Corona in Existenznöte geraten,  
238 Pleitewellen unsere Innenstädte veröden lassen, dass das, was uns lieb und teuer  
239 ist, Kultur, Reisen, dauerhaften Schaden nimmt. Es braucht dabei Unterstützung  
240 gerade für die Schwächsten. Die Maßnahmen sind auf die Dauer der  
241 Krisenbewältigung zu befristen und immer wieder zu überprüfen.

242 Für dieses Sofortprogramm schlagen wir folgende Eckpunkte vor:

#### 243 **Lokalen Einzelhandel stärken - Pleitewellen verhindern**

- 244 • Der lokale Einzelhandel und insbesondere die inhabergeführte Gastronomie  
245 sowie Kultureinrichtungen leiden durch die Krise massiv. Der  
246 Strukturwandel des Handels in Richtung online hat sich beschleunigt, es  
247 droht eine Insolvenzwelle im stationären Handel. Um eine Verödung der  
248 Innenstädte zu verhindern, schlagen wir für die zweite Jahreshälfte einen  
249 Fonds in Höhe von 20 Milliarden Euro vor. Mit direkten Zuschüssen und  
250 Kaufanreizen in Form von Kauf-vor-Ort Gutscheinen wollen wir den Erhalt  
251 der Strukturen im Einzelhandel, der Gastronomie und im Kulturleben  
252 sichern. Darüber hinaus wollen wir insbesondere den stationären Fachhandel  
253 und inhabergeführte Läden bei der Digitalisierung und der strukturellen,  
254 regionalen Verankerung digitaler Geschäftsmodelle unterstützen. Die  
255 Einführung von zusätzlichen kostenlosen Nahverkehrsangeboten für den  
256 Einkaufsverkehr kann ebenfalls helfen, den Konsum anzureizen. Die  
257 Gastronomie kann zudem durch eine Ausweitung von Ausschankflächen im  
258 Freien, die die Einhaltung von Abstandsregelung ermöglichen, unterstützt  
259 werden. Dazu sollen wo immer möglich öffentliche Flächen und Parkplätze  
260 zeitlich befristet der Gastronomie zur Verfügung gestellt werden.
- 261 • Es braucht zudem gezielt einen Fonds für die weiterhin geschlossene  
262 Kreativ- und Veranstaltungswirtschaft, um deren Fortbestand zu sichern,  
263 dies ist wirksamer und fairer als das von der Bundesregierung geplante  
264 Umtauschsystem.

## 265 **Soziale Absicherung verbessern - Kaufkraft erhalten**

- 266 • Zur Deckung der steigenden Kosten während der Pandemie soll ein  
267 monatlicher Zuschlag auf die Grundsicherung (SGB II, SGB XII, AsylBIG) von  
268 100 Euro monatlich für Erwachsene gewährt werden. Statt Mittagessen per  
269 Lieferdienst, wie die Bundesregierung es plant, fordern wir einen  
270 monatlichen Zuschlag von 60€ für anspruchsberechtigte Kinder und  
271 Jugendliche nach dem Bildungs- und Teilhabepaket, der automatisch  
272 ausgezahlt wird. Der derzeit erleichterte Zugang zur Grundsicherung muss  
273 für alle Menschen gelten, um ein Zwei-Klassen-System zu verhindern. Dazu  
274 muss sie als individuelle Leistung, ohne Anrechnung von  
275 Partner\*inneneinkommen gewährt werden.
  
- 276 • Wir wollen zudem temporär das BAföG auch für Studierende öffnen, die sonst  
277 nicht förderberechtigt sind, da ihnen derzeit vielfach die  
278 Nebenverdienstmöglichkeiten wegbrechen.
  
- 279 • Solange Kitas und Schulen nicht wieder in vollem Umfang geöffnet haben,  
280 sollen Eltern, die deshalb ihre Kinder betreuen, die Möglichkeit haben, in  
281 Elternzeit zu gehen und dafür ein Corona-Elterngeld erhalten. Das  
282 Elterngeld soll so gestaltet sein, dass es Anreize für eine  
283 gleichberechtigte Kinderbetreuung setzt.
  
- 284 • Das Kurzarbeitergeld soll auf 90 Prozent für Einkommen bis 1.300 Euro  
285 erhöht und bis zu 2.300 Euro degressiv auf 60 Prozent abgesenkt werden.  
286 Wir wollen verhindern, dass kleine Selbständige einen Antrag auf  
287 Grundsicherung stellen müssen. In Bereichen, die einen längeren Shutdown  
288 erfahren, soll deshalb eine Art Kurzarbeitergeld gezahlt werden. Die  
289 Leistung sollte bei 55 Prozent des jeweiligen Steuergewinns der letzten  
290 Jahre liegen, maximal bei 1.500 Euro/Monat.
  
- 291 • Wir wollen Privat- und Gewerbemiet\*innen entlasten. Der krisenbedingte  
292 Verlust der eigenen Wohnung muss verhindert werden. Über die Maßnahmen der  
293 Bundesregierung hinaus braucht es daher finanzielle Unterstützung von  
294 Mieter\*innen mit krisenbedingten Einkommensausfällen als Fonds oder  
295 Programm der KfW Bank. Strom-, Wärmeenergie-, Wasser- und Telefon- oder  
296 Internetsperren dürfen in der Krise nicht vollzogen werden. Betriebe und  
297 Gewerbe, die direkt von der Pandemie-Schließung betroffen sind und kaum  
298 Nachholeffekte bei den Einnahmen erzielen können, sollten die gesetzliche  
299 Möglichkeit bekommen, Mieten zu mindern oder gar auszusetzen. Hierzu kann  
300 die österreichische Regelung als Vorbild dienen, die im Allgemeinen  
301 bürgerlichen Gesetzbuch ermöglicht, dass die Mietzahlungspflicht entfällt,  
302 wenn das Objekt wegen „außerordentlicher Zufälle“ nicht benutzt werden  
303 kann, worunter auch eine Pandemie fällt. Vermieter\*innen, die auf diese  
304 Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung  
305 erhalten. Die Corona-Krise darf nicht zu weiterer Marktkonzentration  
306 einiger weniger Wohnungsunternehmen führen.
  
- 307 • Für Auszubildende soll zu jedem Zeitpunkt Kurzarbeitergeld in Höhe von 100  
308 Prozent beantragt werden können. Wir wollen verhindern, dass  
309 Ausbildungsverhältnisse der aktuellen Situation zum Opfer fallen. Darüber  
310 hinaus muss sichergestellt werden, dass die Zeiten ausfallenden  
311 Unterrichts nicht im Betrieb geleistet werden müssen, sondern  
312 vollumfänglich für selbstständiges Lernen verwendet werden können.

## 313 **Ökologische Modernisierung der Industrie beschleunigen**

- 314 Um den Industrieunternehmen zu helfen, die durch die Pandemie in Existenznöte  
315 geraten, wollen wir großzügige staatliche Unterstützung anbieten. Dabei sollen

316 die Investitionen gleichzeitig der ohnehin notwendigen ökologischen  
317 Modernisierung dienen, damit die Unternehmen den Einstieg ins klimaneutrale  
318 Zeitalter nicht verpassen, indem sie jetzt falsch abbiegen. Direkte Hilfen  
319 sollen daher die Investitionen fördern, die einem der sechs EU-Umweltziele  
320 dienen (Taxonomie). Und: Firmen müssen bestimmte Sozialstandards einhalten. Zudem  
321 sollte der Vorschlag des Sustainable-Finance-Beirats der Bundesregierung  
322 aufgegriffen werden: Wenn Unternehmen belegen, dass sie nach dem Pariser  
323 Klimaabkommen wirtschaften, sollten sie einen Teil der Kredite, die der Staat  
324 jetzt als Hilfen ausgibt, am Ende der Tilgung erlassen bekommen.

### 325 **Unsere Vorschläge:**

- 326 • Über eine direkte Innovations- und Investitionsförderung wollen wir  
327 Investitionen in transformative CO<sub>2</sub>-freie Verfahren und Prozesse durch  
328 direkte Zuschüsse für sogenannte Leuchtturmprojekte fördern. Damit wollen  
329 wir EU-Förderprogramme ergänzen und zudem über degressive Abschreibungen  
330 der getätigten Investitionen für transformative CO<sub>2</sub>-freie  
331 Industrieprozesse in Höhe von mind. 25 Prozent auch steuerlich Anreize  
332 setzen.
- 333 • Wir wollen den Einstieg in die grüne Wasserstoffwirtschaft beschleunigen.  
334 Damit treiben wir sowohl in Industriebranchen wie Stahl und Chemie als  
335 auch im Luft-, Schiffs- und Güterverkehr gezielt Klimaschutz als auch  
336 höhere Investitionen voran. Dazu gewähren wir Investitionszuschüsse für  
337 Wasserstoff-Pipelines und schaffen Innovations- und Experimentierräume, um  
338 verschiedene Geschäftsmodelle und Anwendungen besser erproben zu können.
- 339 • Mit Klimaverträgen wollen wir Investitionssicherheit – gerade in der  
340 klimaintensiven Industrie – schaffen. Damit wollen wir die Differenz  
341 zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-  
342 Vermeidungskosten erstatten, welche den Unternehmen durch die  
343 Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen. Dafür werden  
344 die besten Projekte in einem wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren  
345 ermittelt und mit den betreffenden Unternehmen Klimaverträge (Carbon  
346 Contracts for Difference) abgeschlossen.
- 347 • Wir wollen für die Bürger\*innen und insbesondere mittelständische  
348 Unternehmen den Strompreis senken, indem die EEG-Umlage ab dem 1. Juli  
349 2020 um fünf Cent je Kilowattstunde reduziert wird. Wind- und  
350 Sonnenenergie sind heute die günstigsten Energiequellen, das haben wir dem  
351 EEG zu verdanken. Diese Technologieentwicklung haben auch die  
352 Stromkund\*innen ermöglicht. Neben dem Strombereich müssen aber auch die  
353 Sektoren Wärme, Mobilität und Industrie mit grüner Energie dekarbonisiert  
354 werden, z.B. über Elektromobilität, Wärmepumpen uvm. Hierzu trägt eine  
355 gesenkte EEG-Umlage bei, die über den Bundeshaushalt gegenfinanziert wird.  
356 Bis Ende 2021 kann damit zudem ein Kaufkraft-Effekt von 22 Milliarden Euro  
357 erreicht werden. Mittelfristig finanziert sich die Maßnahme durch die  
358 Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis.
- 359 • Bei den Erneuerbaren Energien können wir dank der inzwischen attraktiven  
360 Kosten durch einen beschleunigten Ausbau ebenfalls wirtschaftliche Impulse  
361 setzen – ohne dass dem Staat dadurch zusätzliche Kosten entstehen. Der PV-  
362 Deckel von 52 Gigawatt muss sofort aufgehoben werden, härtere  
363 Abstandsregeln bei Windkraftanlagen dürfen nicht kommen, bereits  
364 bestehende zu weitgehende müssen zurückgenommen werden. Im Anschluss  
365 brauchen wir eine EEG-Novelle mit Ambition: Statt kleiner Änderungen  
366 müssen grundlegende Weichen gestellt werden, um den Ausbau von Wind- und



- 367 Solarenergie zu beschleunigen, die Sektorenkopplung voranzubringen und zu  
368 einer bürger\*innennahen, partizipativen Energiewende zu gelangen.
- 369 • Damit wirtschaftliche Impulse nachhaltig wirken, schaffen wir mit einem  
370 partizipativen Energiemarktdesign einen belastbaren Investitions- und  
371 Refinanzierungsrahmen für Erneuerbare und Systemintegrations-Technologien.  
372 Dadurch setzen wir die private Innovationskraft frei, nutzen gleichzeitig  
373 die günstigen Kapitalkosten der Privathaushalte und verwirklichen unseren  
374 Anspruch auf demokratische Teilhabe.
  - 375 • Der Bausektor gehört zum Kern eines Konjunkturprogramms. Ambitionierte  
376 energetische Gebäudesanierung hilft nicht nur dem Klima – sie stärkt auch  
377 die Wirtschaft, schafft qualifizierte Arbeitsplätze im Handwerk und in der  
378 Produktion. Wir brauchen wirksamere Fördersysteme für den  
379 klimafreundlichen Ersatz von fossilen Heizungen und deutlich mehr  
380 Gebäudedämmung. Konkret verdoppeln wir zunächst die bestehende Förderung  
381 für den Tausch von Ölheizungen und legen für Stadtwerke einen  
382 Eigenkapitalfonds auf. Darüber unterstützen wir sie gezielt beim Auf- oder  
383 Umbau von klimafreundlichen Wärmenetzen oder erneuerbaren Wärmekonzepten  
384 mit Geo- und Solarthermie.
  - 385 • Auch in Industrie und Gewerbe starten wir eine Energieeffizienz-Offensive  
386 und legen ein Förderprogramm und angemessene ordnungsrechtliche Vorgaben  
387 auf, um die zahlreichen anstehenden Reinvestitionen in die richtige  
388 Richtung zu lenken.
  - 389 • Für Investitionen von Unternehmen sollte, wie schon in der Finanzkrise,  
390 eine auf zwei Jahre befristete degressive Sonder-Afa eingeführt werden.
  - 391 • Wir unterstützen die energieintensiven Rechenzentren finanziell dabei,  
392 ihren Stromverbrauch zu senken und auf Erneuerbare Energien sowie  
393 energieeffiziente Wasserkühlsysteme umzustellen. So leisten wir auch einen  
394 Beitrag, um die digitale Souveränität Europas voranzubringen.
- 395 Die Automobilindustrie ist ein Schlüsselsektor unserer Industrie mit massiver  
396 Bedeutung für hunderttausende Arbeitsplätze und zahllose Zulieferer. Schon vor  
397 der Corona-Pandemie steckte die Automobilwirtschaft in einer Krise, diese hat  
398 sich nun massiv verschärft. Unternehmen und Beschäftigte sind sehr verunsichert,  
399 wie es weitergehen kann, welche Marktentwicklung eintreten wird, ob  
400 Arbeitsplätze gesichert werden können. Die Branche muss sich grundlegend ändern.
- 401 Wir schlagen ein Zukunftsbündnis von Unternehmen, Gewerkschaften und  
402 Umweltverbänden vor, um die Rezession zu überwinden, die ökologische  
403 Transformation voranzubringen und Beschäftigung zu sichern. Dieses verbindet  
404 zielgerichtete kurzfristige Hilfen mit dem dringend notwendigen Aufbruch in  
405 Richtung nachhaltiger Mobilität. Dazu gehören ökologische Kaufanreize und  
406 finanzielle Hilfen bei der Modernisierung. Die Kaufanreize müssen auf  
407 klimaneutrale Mobilität fokussiert werden, denn es wäre klimapolitisch und  
408 industriepolitisch kontraproduktiv, jetzt erneut Verbrennungsmotoren mit  
409 Milliardenhilfen zu fördern. Im Gegenzug müssen umweltschädliche Subventionen  
410 abgebaut und in der Kfz-Steuer ein Bonus-Malus-System eingeführt werden, wodurch  
411 emissionsintensive Wagen wie SUVs stärker und emissionsärmere Fahrzeuge geringer  
412 belastet werden. Zudem müssen Quoten für emissionsfreie Mobilität eingeführt und  
413 die EU-Flottengrenzwerte entsprechend dem Pariser Klimavertrag angepasst werden.

414 Die nun nötigen Konjunkturmaßnahmen bieten eine große Chance für die ökologische  
415 Wende, vor allem im Verkehrsbereich: Bürger\*innen, die ihren privaten Pkw  
416 abmelden und keinen neuen anschaffen, können eine Mobilitätsprämie in Anspruch  
417 nehmen, um darüber klimafreundliche Alternativen wie eine BahnCard, eine ÖPNV-  
418 Jahreskarte, ein Lastenfahrrad oder Car- oder Bikesharing-Angebote mitfinanziert  
419 zu bekommen. Denn mehr Autos sind nicht die Lösung. Zusätzlich erhalten Kommunen  
420 eine Umbauprämie zur Förderung von klimafreundlichen Mobilitätsangeboten, etwa  
421 dem Ausbau von städtischen Busnetzen, dem Aufbau von Sharing-Dienstleistungen  
422 oder auch einer größeren Radewegenetzinfrastruktur. Damit sorgen wir dafür, dass  
423 sich das klimafreundliche Verkehrsangebot infolge der Krise nicht verschlechtert  
424 und mittelfristig mehr Menschen zum Umstieg weg vom privaten Pkw bewegt werden.

425 Ähnlich wie die Autobranche ist auch die Luftfahrt hart getroffen. Analog zur  
426 Autobranche müssten staatliche Hilfen an ordnungsrechtliche Vorgaben gekoppelt  
427 werden. Wie in anderen europäischen Ländern gilt es in diesem Zuge, eine CO<sub>2</sub>-  
428 Reduktionsstrategie im Sinne der Pariser Klimaziele für die Luftfahrt  
429 vorzulegen, die das Flugverkehrsaufkommen insgesamt senkt. Dies kann zum  
430 Beispiel durch Streckenschließungen für kürzere Inlandsflüge, Ausweitung des  
431 Nachtflugverbots oder die Erneuerung der Flugzeugflotte durch effizientere und  
432 schadstoffärmere Flugzeuge geschehen.

#### 433 **IV. Investitionen in die Zukunft**

434 Wir sollten jetzt ein zehnjähriges Investitionsprogramm von 500 Mrd. Euro  
435 vorbereiten. Allein in unseren Kommunen besteht ein Sanierungsstau von 138 Mrd.  
436 Euro und hier sind ökologische Investitionen, etwa in den Ausbau des  
437 öffentlichen Nahverkehrs, noch gar nicht einbezogen. Es braucht gerade jetzt  
438 starke Kommunen, die vor Ort handlungsfähig sind, sei es bei den Sozialdiensten  
439 oder Frauenhäusern. Die Investitionen des Staates müssen deshalb nicht nur in  
440 der Krise, sondern dauerhaft auf ein höheres Niveau gebracht werden. Die  
441 ökonomischen Forschungsinstitute der Unternehmen und Gewerkschaften kommen auf  
442 einen Investitionsbedarf von über 450 Mrd. Euro. Hinzu kommen Investitionen in  
443 unser Gesundheitssystem, deren Notwendigkeit uns durch Corona vor Augen geführt  
444 wurde. Allein unsere Krankenhäuser haben einen zusätzlichen Investitionsbedarf  
445 von mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr. Und in der Pflege sind die  
446 Herausforderungen ebenfalls groß.

447 Bundes- und Landespolitik sollten alles tun, um diese Investitionen auf den Weg  
448 zu bringen. Dazu gehört, Planungsprozesse jetzt zu starten und das Planungsrecht  
449 zu entbürokratisieren bzw. Regelungen befristet auszusetzen. Gerade jetzt sollte  
450 die öffentliche Hand Planer\*innen und Projektsteuernde einstellen und die  
451 Genehmigungsbehörden aufstocken, damit die zusätzlichen Investitionen auch  
452 verbaut werden können. Dazu sollte der Bund durch eine Verwaltungsvereinbarung  
453 einen Fonds mit den Ländern auflegen, aus dem zusätzliche Planungsstellen über  
454 den Zeitraum von mindestens fünf Jahren bezahlt werden können. Viele  
455 Investitionen liegen bei den Kommunen und viele von ihnen werden durch Altlasten  
456 erdrückt.

457 Das Wegbrechen der Gewerbesteuererinnahmen verschärft diese Situation enorm. Bund  
458 und Länder müssen den Kommunen mit einem Altschuldenfonds einen Neustart  
459 ermöglichen, indem ihnen ein großer Teil ihrer Altschulden abgenommen wird. Sie  
460 können dauerhaft zu niedrigen und derzeit sogar negativen Zinsen refinanziert  
461 werden. Zudem müssen Kommunen mit besonders hohen Soziallasten unterstützt  
462 werden. Dafür muss der Bund insbesondere einen höheren Anteil bei den Kosten der  
463 Unterkunft und Heizung übernehmen.

464 Dieses riesige Investitionsvolumen ist gut angelegtes Geld, sowohl um eine große  
465 globale Depression mit unvorhersehbaren gesellschaftlichen und politischen  
466 Folgen zu verhindern, als auch um krisenfestere und nachhaltige neue  
467 Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Natürlich steigen dadurch die Schulden. Die  
468 öffentlichen Haushalte werden in den nächsten Jahren unter dem Druck der Tilgung  
469 dieser aufgenommenen Kredite stehen. Gleichzeitig dürfen wichtige  
470 Zukunftsinvestitionen nicht der Krise geopfert und keine Einschnitte bei der  
471 kommunalen Grundversorgung, der Infrastruktur und der sozialen Sicherung  
472 vorgenommen werden. Für eine nachhaltige Finanzierung der Kosten der Corona-  
473 Krise ist deshalb eine Kreditfinanzierung mit sehr langen und flexiblen  
474 Tilgungszeiträumen notwendig. Und Deutschland zahlt auf seine Schulden derzeit  
475 keine Zinsen. Eine zu schnelle, restriktive Tilgung würde die wirtschaftliche  
476 Erholung und Investitionsfähigkeit des Staates gefährden.

477 Wir müssen deshalb die Schuldenbremse reformieren, um mehr kreditfinanzierte  
478 Investitionen zu ermöglichen. Immer wieder hat Deutschland nach besonderen  
479 Herausforderungen (Zweiter Weltkrieg, Wiedervereinigung) besondere Formen des  
480 Lastenausgleichs gefunden. Die Krise verschärft die soziale Spaltung in  
481 Deutschland und Europa. Massenarbeitslosigkeit und die Folgen eines schwachen  
482 Gesundheitssystems werden süd- und osteuropäische Staaten besonders hart  
483 treffen. Immer mehr Europäer\*innen stehen vor existenziellen Fragen, während  
484 einige wenige über große Vermögen und sehr hohe Einkommen verfügen. Über die  
485 Schulden hinaus, die durch die Corona-Krise entstanden sind, braucht es eine  
486 Politik, die diese Spaltung verhindert. Wenn die akute Krise überstanden ist,  
487 brauchen wir wirksame Instrumente, um die sozialen Folgen abzumildern, die  
488 Krisenkosten fair aufzuteilen und die EU zusammenzuhalten. Entsprechend brauchen  
489 wir einen solidarischen Ausgleich nach dem Prinzip: Wer starke Schultern hat,  
490 kann mehr tragen.

## 491 **V. Unser Gesundheitssystem stärken**

492 Die Corona-Epidemie legt die Stärken und Schwächen unseres Gesundheitssystems  
493 offen. Unser Gesundheitswesen verfügt über ein gut ausgebautes System der  
494 Diagnostik, eine im europäischen Vergleich gute Akutversorgung mit zahlreichen  
495 Intensivbetten und eine gute technische Ausstattung. Zugleich ist aber deutlich  
496 geworden, dass insbesondere bei der personellen Situation in der Pflege, in der  
497 kommunalen Gesundheitsversorgung, beim Zugang zum Gesundheitssystem, bei der  
498 digitalen Vernetzung sowie bei der Beschaffung und Bevorratung von  
499 Schutzausrüstung erhebliche Defizite bestehen, die behoben werden müssen.

500 Jetzt müssen wir unser Gesundheitssystem akut so gut stärken, wie es nur geht,  
501 um dieser Epidemie Herr zu werden. Die Vorhaltung von Reservekapazitäten für den

502 Ernstfall und eine gute und gut bezahlte Personalausstattung müssen Vorrang  
503 haben und gehören ins Zentrum unserer Anstrengungen. Das sollte durchaus  
504 ökonomisch geschehen, aber Sicherheit geht vor. Das heißt konkret, dass uns als  
505 Gesellschaft die Investitionen in medizinische und pflegerische Infrastruktur  
506 und Investitionen in Pandemiemanagement mehr Geld wert sein müssen als bisher.  
507 Wir brauchen eine deutliche Aufwertung und berufsständische Stärkung der Pflege,  
508 attraktivere Arbeitsbedingungen und eine bessere Personalausstattung. Wir müssen  
509 die über Jahre ausgedünnten öffentlichen Gesundheitsdienste, insbesondere die  
510 Gesundheitsämter, besser ausstatten und die Arbeitssituation für die Menschen im  
511 Gesundheits- und Pflegebereich verbessern. Um die Löhne in der Pflege zu  
512 verbessern, sollen die Tarifparteien die Verhandlungen für eine tarifliche  
513 Bezahlung in der Pflege baldmöglichst fortsetzen, damit eine Einigung zeitnah  
514 für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Sollte das trotz laufender  
515 Verhandlungen nicht erreicht werden, müssten gesetzliche Maßnahmen ergriffen  
516 werden. So könnte in einem nächsten Schritt die soziale Pflegeversicherung dazu  
517 verpflichtet werden, nur mit Arbeitgebern Verträge zu schließen, die tariflich  
518 zahlen.

519 Der durch die Krise teilweise entstehende Schwung bei der Digitalisierung  
520 unseres Gesundheitswesens muss genutzt werden, um Telemedizin und andere für die  
521 Versorgung und die Forschung sinnvolle digitale Angebote auszubauen.  
522 Forschungsdaten sollen unter Wahrung des Persönlichkeitsschutzes leichter  
523 ausgetauscht werden können, genauso wie medizinische Logistik. Wir wollen einen  
524 Investitionspakt von Bund und Ländern, um Krankenhäuser, aber auch den  
525 öffentlichen Gesundheitsdienst bei den notwendigen Investitionen für die  
526 digitale Infrastruktur zu unterstützen.

527 Mit digitaler Epidemiologie lässt sich aus einer Vielzahl anonymisierter Daten  
528 der Gesundheitsstatus der Bevölkerung in Echtzeit analysieren, um so gezielter  
529 eingreifen und einer künftigen Epidemie besser begegnen zu können. Nicht nur  
530 dafür muss das E-Government der Verwaltung in Deutschland mit Hochdruck  
531 entwickelt werden. Unsere Virolog\*innen sind weltweit Spitze und die  
532 Forschungseinrichtungen sind es auch. Wenn hingegen heute noch Gesundheitsdaten  
533 per Fax von Amt zu Amt versendet werden müssen, weil es technisch anders nicht  
534 geht, kostet uns das jetzt im Kampf gegen Corona wertvolle Zeit.

## 535 **VI. Recht auf Bildung, auch in der Pandemie**

536 Das Coronavirus hält auch der Bildungspolitik den Spiegel vor. Da sind die immer  
537 noch enormen Ungerechtigkeiten, die das deutsche Bildungssystem hervorbringt –  
538 sichtbar zum Beispiel in der unterschiedlichen technischen Ausstattung der  
539 Schüler\*innen und ihrer Schulen. Da sind die vielerorts mangelhaften baulichen  
540 und sanitären Zustände von Bildungseinrichtungen, die in Pandemiezeiten noch  
541 größere Probleme als sonst hervorrufen. Da ist die Situation von Schüler\*innen  
542 mit Behinderung oder anderem sonderpädagogischem Förderbedarf, die sich in der  
543 Krise in besonderer Form zuspitzt. Da ist eine den Zukunftsherausforderungen  
544 nicht angemessene Fixierung auf Prüfungen und Leistungsnachweise, die den Blick  
545 auf das pädagogisch und sozial Notwendige versperrt und Ressourcen bindet, die  
546 an anderer Stelle gebraucht würden. Und da ist, nicht zuletzt, allen

547 Beteuerungen zum Trotz, der immer noch viel zu geringe Stellenwert der  
548 frühkindlichen Bildung, wenn wieder nur unter dem Label „Betreuung“ über Kitas  
549 gesprochen wird. Was hier in den ersten Jahren pädagogisch versäumt wird, kann  
550 vielfach kaum nachgeholt werden. Die Bildungspolitik reagiert bisher  
551 unzureichend auf die Herausforderungen, weil sie die eingeschränkten Ressourcen  
552 auf das Erfüllen von Lehrplänen und Ableisten von Prüfungen konzentriert, statt  
553 auch die sozialen Folgen der Pandemie aufzufangen.

554 Auf der anderen Seite macht das Engagement vieler Akteur\*innen Mut für einen  
555 echten Bildungsaufbruch. Bildungsverantwortliche, Schulleitungen, Kommunen,  
556 pädagogische Fach- und Lehrkräfte, aber auch Eltern und Schüler\*innen finden  
557 neue, pragmatische und kreative Lösungen in der schwierigen Situation. Dabei  
558 wird oftmals von den Praktiker\*innen aufgefangen, was eigentlich in die  
559 Verantwortung von Politik und Verwaltung fällt, nämlich der adäquate Umgang  
560 unserer Bildungsinstitutionen mit einer solchen Krise. Dafür gebührt auch ihnen  
561 unser Dank.

562 Es geht beim Lernen aus der Krise nicht nur um ein bisschen Digitalisierung, es  
563 geht darum, das Bildungssystem so auszurichten, dass Menschen selbstbestimmt,  
564 nachhaltig und aufgeklärt handeln können. Einmal mehr wird deutlich, dass die  
565 Zukunft unseres Bildungssystems in einem Paradigmenwechsel liegt; weg von der  
566 Fokussierung auf Planerfüllung und reproduzierbarem, prüfbareren Fachwissen hin  
567 zur Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung, der Entwicklung von  
568 Krisenresilienz und dem Umgang mit Unsicherheiten und Ambiguitäten, von denen  
569 unsere Zeit auch jenseits der aktuellen Pandemie geprägt ist und weiter sein wird.

570 Die Digitalisierung an den Schulen braucht dauerhaft finanzielle Unterstützung  
571 vom Bund, nicht nur einen einmal gefüllten, befristeten Fördertopf. Die  
572 Megaaufgabe Digitalisierung in der Bildung können Bund und Länder nur gemeinsam  
573 schaffen. Die Bereitschaft auf allen Seiten, das deutsche Bildungssystem an die  
574 digitale Welt anzuschließen, war nie so groß wie heute. Dabei darf es nicht  
575 darum gehen, digitale Tools einfach für analog gedachten und konzipierten  
576 Unterricht zu nutzen. Das Fenster für echte Innovation in unserem Bildungssystem  
577 ist so offen wie nie. Es ist unsere Aufgabe, dieses Fenster zu nutzen und eine  
578 Bildung im und für das 21. Jahrhundert zu gestalten – unter den Bedingungen der  
579 Digitalisierung, der ökologischen und der gesellschaftlichen  
580 Zukunftsherausforderungen.

581 Ebenfalls muss die Digitalisierung an den Universitäten und Berufsschulen  
582 unterstützt und verbessert und der Zugang aller Studierenden zu Online-  
583 Vorlesungen sicher gestellt werden. Lehrende müssen bei der Nutzung digitaler  
584 Tools begleitet werden. Ohne entsprechende Unterstützung droht die beschleunigte  
585 Digitalisierung an Hochschulen, soziale Ungleichheiten zu verschärfen. Die  
586 Corona-Krise darf für Studierende, die auf BAföG angewiesen sind, nicht zu  
587 finanziellen Nachteilen führen. Deshalb soll das aktuelle Semester nicht auf die  
588 Regelstudienzeit und damit im BAföG angerechnet werden.

589 Um den Ungerechtigkeiten im Bildungssystem entgegenzuwirken, ist der weitere  
590 Ausbau guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote zentral. Hier könnte  
591 die Krise möglicherweise alte Blockaden aufbrechen: Wenn für eine längere Zeit

592 der klassische Bildungsbetrieb nur eingeschränkt stattfinden kann, sollten Kitas  
593 und Schulen die Möglichkeit haben, unbürokratisch und flexibel neue Lern- und  
594 Freizeit-Angebote zu schaffen. Schulen sollen dafür ein Budget erhalten, das im  
595 Rahmen eines sozialen Schutzschildes aus dem Mitteln des Bundes kommt.  
596 Zusätzlich ist ein Aufholprogramm für Schulen in benachteiligten Regionen und  
597 Stadtteilen nach der Krise nötiger denn je, damit jene, die schon vor Corona  
598 drohten, abgehängt zu werden, den Anschluss nicht verlieren.

599 Außerdem ist es dringend notwendig, dass im Rahmen der Kultusministerkonferenz  
600 jetzt schon Strategien für die Zeit nach den Sommerferien entwickelt werden, die  
601 die vielfältigen Auswirkungen des eingeschränkten Schulbetriebs in fachlicher,  
602 pädagogischer, aber auch emotionaler und sozialer Hinsicht aufgreifen. Lehrpläne  
603 und schulgesetzliche Bestimmungen müssen für das kommende Schuljahr  
604 flexibilisiert und entlastet werden. Durchschnittsabschlüsse können – wie sich  
605 im laufenden Schuljahr zeigt – bei allen Beteiligten zu Entlastungen führen.

## 606 **VII. Eine neue Chance für Europa**

607 Ganz Europa ist von der Corona-Krise betroffen. Unser Kontinent ist derzeit die  
608 Region mit den meisten Infizierten weltweit. Alle sind betroffen, manche  
609 Regionen, wie die Lombardei, das Elsass, Madrid ganz besonders. Wie schon in der  
610 letzten Finanzkrise und der Flüchtlingskrise haben einige europäische Staaten  
611 auch in der Corona Krise unsolidarisch und uneuropäisch gehandelt. Auch das  
612 Handeln der Bundesregierung hat in finanzpolitischen Fragen oder durch die  
613 anfänglichen Exportbeschränkungen für medizinische Produkte das Vertrauen in die  
614 europäische Solidarität weiter geschwächt.

615 Gemeinsam mit ihren europäischen Partnern muss die Bundesregierung  
616 sicherstellen, dass sich die Spaltung in der EU durch die Pandemie nicht noch  
617 weiter verschärft. Wenn Europa jetzt nicht zusammensteht, springen andere in die  
618 Lücke und versuchen ihren geopolitischen Einfluss noch weiter auszudehnen. Die  
619 Bundesregierung muss die Krisenbewältigung konsequent europäisch angehen, damit  
620 keine neue soziale Ungerechtigkeit, Jugendarbeits- und Perspektivlosigkeit  
621 insbesondere in süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten – drohen.

622

623 Aber es gibt viele Beispiele europäischer Solidarität, die Mut machen, dass die  
624 europäische Idee in dieser Zeit besteht: europäische Patient\*innen werden in  
625 deutschen Krankenhäusern behandelt, über europäische Städtepartnerschaften wird  
626 kommunale Hilfe organisiert, viele Personen aus der Zivilgesellschaft haben  
627 individuelle Initiativen gestartet. Wir müssen diese Krise als Wendepunkt  
628 begreifen, um die Gemeinschaft zu vertiefen. Dann kann Europa sogar gestärkt aus  
629 ihr hervorgehen.

630 Wir wollen so schnell wie möglich zu den offenen Grenzen des Schengen-Raums  
631 zurückkehren. Bei der Bekämpfung von Corona muss Europa zu seinen Werten stehen  
632 und offen bleiben. Grenzkontrollen und Einreiseverbote müssen medizinisch  
633 begründet, abgestimmt und verhältnismäßig sein. An die Stelle willkürlicher  
634 Grenzkontrollen auf nationaler Ebene sollten zielgerichtete Beschränkungen auf  
635 regionaler Ebene (die dann durchaus auch grenzübergreifend gelten) treten. Die  
636 Kriterien müssen nicht überall zu einhundert Prozent identisch, aber

637 wirkungsgleich sein. Wo notwendig, muss an den Grenzen auf die Frage des  
638 effektiven Gesundheitsschutzes fokussiert werden.

639 Europa braucht eine Koordinierung der Strategien aus dem Shutdown, auch um zu  
640 verhindern, dass Lieferketten unterbrochen werden. Eine europäische  
641 Pandemiewirtschaft sollte eine massive Produktion an medizinischer Ausrüstung  
642 sowie die bestmögliche Ausnutzung der gemeinsamen Test- und  
643 Behandlungskapazitäten zum Ziel haben. Die Staaten sollten die Beschaffung  
644 gemeinsam organisieren bzw. untereinander abstimmen, um zu verhindern, dass man  
645 sich gegenseitig Konkurrenz macht. Die europäischen Anstrengungen in der  
646 Impfstoffforschung sollten verstärkt werden. Wir fordern einen EU-Corona-  
647 Forschungsfonds für Medikamente und Impfstoffe, die dann unter Gemeinwohllizenz  
648 vermarktet werden. Es gilt, bei der nächsten Pandemie besser gerüstet zu sein.  
649 Dafür muss das European Center for Disease Prevention and Control (ECDC)  
650 gestärkt und ein European Health Corps gegründet werden. Das Health Corps  
651 besteht aus regulären Mitarbeiter\*innen europäischer Krankenhäuser, die im  
652 Krisenfall schnell mobilisiert und in besonders betroffenen Regionen eingesetzt  
653 werden können, damit kein Krankenhaus in Europa in die Lage kommt, Menschen  
654 nicht angemessen medizinisch versorgen zu können. Die bevorstehende deutsche  
655 Ratspräsidentschaft sollte auch genutzt werden, um die Arzneimittelproduktion  
656 wieder verstärkt in Europa anzusiedeln, um in diesen lebenswichtigen Bereichen  
657 nicht von transkontinentalen Lieferketten abhängig zu sein. Die Corona-Krise  
658 zeigt erneut, wie wichtig ein nachhaltiges Management von Lieferketten ist. Es  
659 ist gut, dass die EU-Kommission ein verbindliches Lieferkettengesetz angekündigt  
660 hat.

661 Mit den Entscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) konnte eine neuerliche  
662 Finanz- und Währungskrise fürs Erste abgewehrt werden. Wieder einmal musste die  
663 EZB einspringen, weil die Staats- und Regierungschefs nicht in der Lage waren,  
664 umfassende Maßnahmen wie gemeinsame Corona-Bonds für die Krisenbewältigung zu  
665 beschließen. Das jetzt vereinbarte Paket aus ESM-Hilfen, Unternehmenskrediten  
666 über die Europäische Investitionsbank und das europäische Kurzarbeitergeld sind  
667 ein erster Schritt, aber unzureichend.

668 Wenn jetzt in Ländern wie Spanien und Italien aus Angst vor einer Überschuldung  
669 zu wenig getan werden kann, trifft das nicht nur die dortige Bevölkerung hart,  
670 sondern am Ende alle Mitglieder der Union. Gerade die deutsche Wirtschaft ist  
671 eng verknüpft mit diesen Ländern. Wenn dort keine deutschen Produkte mehr  
672 gekauft werden, führt dies zu einer stark steigenden Arbeitslosigkeit bei uns.  
673 Und wenn dort die Produktion wegen der Pandemie nicht wieder anlaufen kann,  
674 stehen wegen der verwobenen Lieferketten hierzulande Bänder still. Nur wenn  
675 Italien wieder auf die Beine kommt, wird Deutschland es auch. China wird  
676 versuchen, sich in der kommenden Rezession in die europäische Wirtschaft  
677 einzukaufen, und Putin die Möglichkeit nutzen, um europäische Demokratien zu  
678 destabilisieren. Nur wenn Europa seine Interessen gemeinsam wahrnimmt, werden  
679 insbesondere Süd- und Osteuropa diese Angebote ablehnen können

680 Diese europäische Antwort muss einen gemeinsamen Recovery Fund beinhalten, der  
681 durch gemeinsame Anleihen finanziert wird, um so die Krisenlasten gemeinsam und

682 solidarisch zu schultern. Die Ausgaben sollten sich an den Pariser  
683 Klimaschutzzielen und dem Green Deal orientieren. Der Recovery Fund hat einen  
684 Umfang von mindestens einer Billion Euro und ist damit dem Ernst und der Größe  
685 der Herausforderung angemessen. Die Verschuldung zählt nicht in die nationalen  
686 Schuldenquoten und soll nach ökonomischer Leistungsfähigkeit geschultert werden.  
687 Vielmehr ermöglicht die gemeinsame Haftung Zinsen unterhalb der Inflation. Der  
688 Recovery Fund muss strenger Antikorruptionsüberwachung und parlamentarischer  
689 Kontrolle unterliegen.

690 Während viele Unternehmen, insbesondere Mittelständler und der Einzelhandel in  
691 den Innenstädten, gerade leiden, machen große Digitalkonzerne riesige Gewinne.  
692 Zugleich zahlen sie weniger Steuern als vergleichbare traditionelle Unternehmen.  
693 Deshalb wäre jetzt spätestens der Zeitpunkt, dass sich die Bundesregierung  
694 diesem Steuerdumping entgegenstellt und ihre Blockade bei der europäischen  
695 Digitalsteuer aufgibt. Schon der Vorschlag der EU-Kommission, die Umsätze  
696 digitaler Großunternehmen an dem Ort, wo sie tätig sind, mit drei Prozent zu  
697 besteuern, würde zu geschätzten Einnahmen von fünf Milliarden Euro führen. Wenn  
698 einzelne EU-Mitgliedstaaten weiterhin blockieren, braucht es eine Koalition der  
699 Willigen als ersten Schritt zu einer europäischen und globalen Lösung.

700 In der Krise erweist sich das jahrelange Bremsen und Verweigern der deutschen  
701 Bundesregierung in zentralen europäischen Fragen als schwere Hypothek. Nach der  
702 Krise müssen in der Europäischen Union die seit Jahren aufgeschobenen  
703 Entscheidungen zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, wie  
704 beispielsweise ein eigener EU-Haushalt mit einem eigenen fiskalpolitischen  
705 Instrument, der Umgang mit Handelsungleichgewichten und die Vollendung der  
706 Bankenunion endlich angegangen werden. Ein größerer EU-Haushalt ab 2021 bedeutet  
707 auch einen größeren deutschen Beitrag und mehr Möglichkeiten für die Union,  
708 eigene Einnahmen zu generieren, um die EU strukturell zu stärken. Um Europa neu  
709 aufzustellen muss die Bundesregierung nicht jeden Vorschlag anderer Länder  
710 übernehmen, sie muss aber endlich auch eigene konstruktive Vorschläge machen, um  
711 die Probleme zu lösen und nicht weiterhin nur verweigern und im Falle einer  
712 Krise die gesamte wirtschaftspolitische Verantwortung der Europäischen  
713 Zentralbank zuschieben. Zu den notwendigen Fragen gehört auch die Überprüfung  
714 des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

715

716 Der Stellenwert der eigenen Grundüberzeugungen erweist sich besonders in der  
717 Krise. Auch die Bundesregierung muss sich deshalb dem drohenden Abbau von  
718 Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Pressefreiheit in einigen EU-  
719 Mitgliedstaaten entgegenstellen – im europäischen Verbund, nicht zuletzt im Zuge  
720 der anstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Die EU-Kommission fordern wir  
721 auf, alle nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in EU-  
722 Mitgliedstaaten auf ihre Einhaltung europäischen Rechts hin zu untersuchen und,  
723 wo nötig, entsprechend einzugreifen. Um die Antworten der EU auf die Krise mit  
724 allen Europäer\*innen zu diskutieren, muss sich die Bundesregierung im Rat dafür  
725 einsetzen, dass die Konferenz für die Zukunft Europas dafür genutzt wird.



726 Die Welt wird nur im Geist der Kooperation gut durch diese Pandemie kommen. So  
727 vernetzt sie ist, so kurzfristig egoistisch handeln derzeit die meisten  
728 Nationalstaaten. Wenn Europa kooperativ und solidarisch vorgeht, schaffen wir  
729 eine starke und unwiderstehliche Gegenerzählung mit globaler Wirkung. Die ganze  
730 Welt kämpft gegen diese Corona-Pandemie. Deshalb müssen in der Pandemie die  
731 Zölle für überlebenswichtige Produkte wegfallen und Exportbeschränkungen  
732 aufgehoben werden. Sieben Milliarden Menschen warten auf einen Impfstoff und  
733 Medikamente gegen COVID-19. Es muss dafür gesorgt werden, dass beides, sobald  
734 vorhanden, global, schnell und zu einem günstigen Preis verfügbar ist.

735 Wir müssen deshalb über eine Lockerung der Regeln geistigen Eigentums nachdenken  
736 und die Besitzer\*innen geistigen Eigentums dazu aufrufen, günstige Lizenzen in  
737 einem internationalen Patentpool anzubieten, der über die WTO koordiniert wird –  
738 insbesondere für einen neu entwickelten Impfstoff oder eine anerkannte Therapie.  
739 Die globale Rezession droht in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein  
740 Brandbeschleuniger der Schuldenkrise und damit von Armut, Flucht und Konflikten  
741 zu werden. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass die Schulden des globalen  
742 Südens erlassen werden. Weiterhin braucht es eine deutliche Erhöhung der  
743 Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds, um besser gegen  
744 spekulative Kapitalflucht gewappnet zu sein. Die Europäische Zentralbank sollte  
745 prüfen, inwiefern sie Entwicklungs- und Schwellenländern mit weiteren Devisen-  
746 Swap-Vereinbarungen im Falle von Kapitalflucht beistehen kann. Die Bekämpfung  
747 illegaler Finanzströme muss intensiviert werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass  
748 globale Ungleichheiten noch weiter verschärft werden. Wir brauchen ein globales  
749 Hilfspaket gegen das Corona-Virus und seine Folgen und eine Stärkung der  
750 Vereinten Nationen.

751 Wir unterstützen die Forderung des UN-Generalsekretärs nach weltweiten  
752 Waffenstillständen. Die Bundesregierung sollte ihren Einfluss bei den  
753 europäischen und internationalen Partnern geltend machen, um auf dieses Ziel  
754 hinarbeiten. Sie muss schnell ausreichende zusätzliche Mittel für  
755 Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung stellen.  
756 Gleichzeitig dürfen die internationale Gemeinschaft und die deutsche humanitäre  
757 Hilfe sowie die Entwicklungszusammenarbeit nicht bei Maßnahmen in bestehenden  
758 Gesundheitsprogrammen nachlassen.

### 759 **VIII. Stärker aus der Krise**

760 Die Pandemie führt uns vor Augen, was wir vermissen und unbedingt wiedergewinnen  
761 wollen: unsere Freiheit, soziale Nähe und die Vielschichtigkeit unseres Lebens;  
762 den öffentlichen Raum; Kinas, Schulen und Hochschulen; den direkten Austausch  
763 mit den Kolleg\*innen am Arbeitsplatz; Kultur und das bunte Leben, mit Kneipen,  
764 Kinos, Konzerten, lebendigen Innenstädten, die uns weiter fehlen und die jetzt  
765 um ihre Existenz kämpfen; unser vereintes und offenes Europa.

766 Der Shutdown hat uns auch gezeigt, was wir stärker wertschätzen und fördern  
767 müssen:

768 Die Klugheit einer aufgeklärten Gesellschaft, die fähig ist, präventiv zu  
769 handeln; in einem funktionierenden demokratischen Rechtsstaat zu leben; unsere

770 öffentliche Daseinsvorsorge, ein lebendiges Gemeinwesen vor Ort und einen  
771 starken Sozialstaat; unabhängige Qualitätsmedien und den Öffentlich-Rechtlichen  
772 Rundfunk; solidarische Menschen und einen solidarischen Staat; saubere Luft auch  
773 in den Städten und staufreie Straßen; die Möglichkeit des Homeoffice; ein  
774 parlamentarisches Miteinander zwischen Regierung und Opposition, das gemeinsam  
775 Dinge löst, statt nur gegeneinander zu arbeiten.

776 Nicht zuletzt führt uns die Corona-Krise vor Augen, was wir in der Vergangenheit  
777 versäumt haben. Es gab Pandemiewarnungen und sogar Pandemienotfallvorkehrungen  
778 mit Drucksachenummer des Bundestages, aber in der Realität, als Gesellschaft  
779 waren wir nicht ausreichend vorbereitet. Wir müssen Resilienz noch lernen. Dazu  
780 gehört, dass wir bei der Arzneimittelproduktion und zentralen Utensilien für  
781 Seuchenbekämpfung nicht allein auf den Markt setzen können. Wir müssen in Europa  
782 selbst in der Lage sein, die zentralen medizinischen Produkte und Medikamente zu  
783 produzieren, ebenso wie Lebensmittel, die wir zum Leben in einer Notlage  
784 brauchen. Dazu gehört, dass wir kritische Infrastrukturen, beispielsweise vor  
785 weitreichenden IT-Angriffen, besser schützen. Wir müssen die Digitalisierung  
786 voranbringen, wir müssen Europa und multilaterale Institutionen stärken und wir  
787 müssen verstehen, dass der Raubbau an den natürlichen Ökosystemen das Risiko von  
788 Epidemien erhöht. So haben Ausbrüche von Infektionskrankheiten in den letzten 40  
789 Jahren immer stärker zugenommen. Circa zwei Drittel davon sind Zoonosen, also  
790 Krankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen wurden. Wir müssen die  
791 Ursachen für Zoonosen stärker bekämpfen und uns zugleich wappnen, Epidemien  
792 zukünftig besser einzudämmen.

793 Nur wenn wir uns selbstkritisch reflektieren, können wir uns besser gegen  
794 zukünftige hereinbrechende Katastrophen wappnen. Vorsorge ist politisch das  
795 Schwierigste überhaupt. Aber Corona führt uns jeden Tag vor Augen, wie wichtig  
796 sie ist. Entsprechend geht es uns mit diesem Antrag darum, über die unmittelbare  
797 Krisenbekämpfung hinaus Leitlinien für die nächsten Schritte zu beschließen und  
798 die richtigen Lehren aus der Erfahrung der letzten Wochen zu ziehen. Wir wollen  
799 schneller sein als das Virus, damit seine schlimmsten Folgen verhindert werden  
800 können und wir stärker aus der Krise kommen als wir hineingegangen sind.